Der Landrat verwies auf die nachgereichte Vorlage der Verwaltung.

Hinsichtlich des Antrages der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE bemerkte Abg. Tandler, wenn man statt einer Analyse die Konsequenzen mit aufgeführt hätte sei Antrag auch im Interesse seiner Fraktion. Dabei verwies er auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.11.2018, der ähnliche Ziele beinhaltete.

Weiter sagte er, er beantrage zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE als neue Ziffer 8 die Aufnahme folgender Forderung aus dem Antrag seiner Fraktion vom 07.11.2018: „Es ist übergeordnetes Ziel 1.500 neue Wohnungen im Bestand der GWG des Rhein-Sieg-Kreises bis 2025 zu realisieren.“

Abg. Dr. Bieber sagte, im Finanzausschuss sei berichtet worden, was die GWG hinsichtlich des Wohnungsbaus pro Jahr leisten könne. Das Problem sei nicht die Bautätigkeit der GWG sondern die verfügbaren Baugrundstücke. Zudem sei die Forderung von 1.500 neuen Wohnungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie gegenüber der GWG nicht ehrlich fair. Die von der SPD-Kreistagsfraktion vorgeschlagene neue Ziffer 8 zum Antrag werde seine Fraktion nicht mittragen können, da sie an der Realität vorbeigehe. Die Geschäftsführung der GWG habe mitgeteilt, wo Grundstücke für die GWG vorhanden seien, werde sie diese bebauen. Letztendlich werde man keine Ziele festlegen, die in der Realität nicht erfüllbar seien.

Abg. Tandler erwiderte, der Vorschlag für die Antragsergänzung unter Ziffer 8 sei ein Angebot gewesen. Sollte die CDU-Kreistagsfraktion das nicht mittragen können, wird seine Fraktion den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE ablehnen.

Abg. Lehmann bemerkte, in Ruppichteroth sei der GWG ein Grundstück kostenfrei angeboten worden. Sie habe jedoch aus wirtschaftlichen Erwägungen abgelehnt, dort zu bauen.

Abg. Steiner sagte, er könne die wirtschaftliche Betrachtungsweise der GWG nachvollziehen. In dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNE habe man darauf verzichtet konkrete Zahlen für den Wohnungsbau festzulegen, da man die Angelegenheit realistisch betrachten müsse.

Abg. Dr. Lamberty wies darauf hin, unter Ziffer 6 des gemeinsamen Antrages sei hinreichend beschrieben, was die GWG zu leisten habe. Er unterstütze die Vorredner, dass ein fixes Zahlenwerk nichts bringe, wenn man wisse, wie problematisch es sei, geeignete Grundstücke zu finden. Er stimme für seine Fraktion dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNE zu und hoffe, dass die Verwaltung in der Lage sei, aus diesen umfangreichen Vorschlägen ein geeignetes Konzept zu entwickeln.

Dann lies der Landrat über den o.g. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

Dann ließ der Landrat über den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE abstimmen.